FDP-FRAKTIONSCHEFIN GABI HUBER

Die eiserne Lady des Freisinns

Im Politbetrieb des Bundeshauses ist sie ein Fels in der Brandung. Als Person eine Sphinx. Fraktionschefin Gabi Huber hält als eiserne Lady des Freisinns den Kurs auf stürmischer See.

Der Satz fällt ganz am Schluss eines langen Gesprächs und hört sich an, als wäre er ihr entwischt: «Eigentlich hat mich erstaunt, dass ich in Bern aufgefallen bin, bloss weil ich gearbeitet habe.» Gabi Huber, seit Jahren eine der einflussreichsten Politikerinnen des Landes, sagt es mit einem Anflug von Heiterkeit. Als würde es sie innerlich belustigen, dass es auch auf diese Weise möglich ist, in den innersten Zirkel der politischen Macht vorzustossen.

In Bern dirigiert sie souverän 41 freisinnige Bundeshausparlamentarier, bespricht sich mit Bundesräten, schmiedet Allianzen und bewegt sich auf diplomatischem Parkett. Aber hier, in ihrer Kanzlei in Altdorf, sind Glanz und Gloria so abwesend wie in der Wüste Gobi. Gabi Huber empfängt in einem nüchternen Besprechungszimmer, dessen Mobiliar weder teuer noch modern ist. Zweieinhalb Stunden beantwortet sie geduldig, aber nicht sonderlich interessiert Fragen, steht nie auf, holt sich nichts zu trinken, verändert nicht einmal ihre Haltung merklich. Nie würde sie es sagen, aber jede Faser ihres Körpers strahlt es aus: Sie absolviert gerade eine Pflichtübung.

Privates bleibt privat

Die kleinen Büros befinden sich in einem Altbau über einem Tearoom, keine fünfzig Schritte vom Tell-Denkmal entfernt. Nur ein kleines Schild am Seiteneingang weist auf das Anwalts- und Notariatsbüro Bachmann & Huber hin. Gabi Hubers Geschäftspartner Mario Bachmann ist auch ihr Lebenspartner. Aber über Privates verliert sie gegenüber Medien konsequent kein Wort. Das Interesse an ihrer Person ist ihr suspekt. Für sie zählen Resultate. Alles andere interessiert sie nicht in der Politik. Resultate liefert sie so zuverlässig wie eine Tunnelbohrmaschine im Gotthard. Die FDP-Fraktion, so bunt sie zusammengesetzt ist, politisiert wieder diszipliniert auf einem gemeinsamen Kurs. Sololäufe einzelner Volksvertreter sind rar geworden. Geschlossenheit ist in einem Parlament das einzige Mittel, Resultate zu erzielen. Nur einfach ist das nicht, in einer liberalen Partei. Mit Verboten sei bei so vielen intelligenten Leuten mit eigenen Ideen nichts zu machen, sagt Gabi Huber. Sie leiste Überzeugungsarbeit: «Aber ich gebe mir dabei keine Mühe, diplomatisch zu sein.»

«Es war nötig»

Sie kommen unvermittelt, diese Sätze. Gelassen im Ton, aber kompromisslos in der Sache. Wozu diese Politikerin fähig ist, bewies sie schon als Urner Finanzdirektorin. 1999 verordnete sie dem gesamten Urner Verwaltungspersonal, Lehrer, Polizisten und sich selbst eingeschlossen, eine lineare Lohnkürzung von einem Prozent. Das Geheul war gross. Die SP verunglimpfte das «Lohnprozent» als Strafmassnahme. «Wer diese Titulierung verwendet, hat keine blasse Ahnung, worum es eigentlich geht», entgegnete Huber in einem Interview, «leider gibt es kein Sparen ohne Betroffene.» Heute erwähnt sie diesen Abstimmungskampf nebenbei, während sich das Gespräch um ihre damalige Tätigkeit als Regierungsrätin dreht. Auf Nachfragen reagiert sie leicht indigniert: «Es war einfach nötig. Die Finanzlage des Kantons war desolat.»

Es war einfach nötig. Als ob es selbstverständlich wäre, dass ein Politiker aus dieser Erkenntnis seine Abwahl riskiert. Im Fall von Gabi Huber zahlte sich der Mut aus. Die Abstimmung gewann sie knapp. Kein Jahr später schaffte sie die Wiederwahl mit dem zweitbesten Resultat. 2003 schickten sie die Urner als Nachfolgerin von Franz Steinegger in den Nationalrat. Dort wirkte sie unter anderem bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs mit. Heute liegt der Kanton Uri im steuerlichen Mittelfeld deutlich vor Bern. Gleichzeitig hängt das Tal am Bundestropf wie noch nie: Über zwei Fünftel der Urner Einnahmen kommen aus dem Finanzausgleich. In der Kritik steht aber vor allem der grosse Kanton Bern. Gabi Huber sagt: «Als Urnerin lernt man zu kämpfen – und im entscheidenden Moment zusammenzustehen.»

«Wir arbeiten gut zusammen. Wir haben zwar das Heu nicht immer auf derselben Bühne, aber wenigstens reden wir vom selben Heu.»

Adrian Amstutz

Mit stoischer Ruhe: Die FDP-Fraktionschefin Gabi Huber gilt im Politbetrieb des Bundeshauses als die Verlässlichkeit in Person. *Freshfocus*

Keine Mitläuferin

Es war ein anderer Kanton Uri, in dem Gabi Huber 1956 bei einer Hausgeburt in Schattdorf zur Welt kam. Ihre Eltern betrieben ein Heizölgeschäft, das heute ihrem älteren Bruder gehört. Sie besuchte in Altdorf sechs Jahre lang die Primarschule bei katholischen Ordensschwestern. Ans Gymnasium wollte sie, weil sie genug hatte vom Unterricht der Schwestern. Sie wechselte zu den Patres an die Mittelschule. Dort gehörte sie zu einer kleinen Gruppe aufmüpfiger Schüler, die hörbar gegen das altväterische Regime am Gymnasium aufmuckten. Die Rebellion wurde vom vereinigten Lehrerkollegium rasch im Keim erstickt. Auch Gabi Huber musste vor dem Tribunal erscheinen. Was sie verletzte, war etwas anderes: «Man taxierte mich nur als Mitläuferin. Und das stimmte nicht.»

In der kürzestmöglichen Zeit von sieben Semestern absolvierte sie das Studium in Freiburg und erlangte das Anwaltspatent in Altdorf. Am Urner Gericht war sie, wie später noch so oft, die erste Frau. Eine Damentoilette gab es dort nicht. Sie musste in ein nahe gelegenes Restaurant ausweichen. Als sie das Patent in der Tasche hatte, kehrte sie dem Tal für ein halbes Jahr den Rücken und lebte in New York, wo sie Vorlesungen an der Columbia University besuchte. Mit 26 kam sie zurück, eröffnete eine Anwaltspraxis, hütete das Telefon und wartete auf erste Mandanten. Den Startkredit hätte sie problemlos von den Eltern bekommen. Aber das kam für Huber nicht infrage. Erst die zweite Bank gab ihr das Geld. Sie brauchte nie einen Franken davon. Vom ersten Honorar kaufte sie sich ein Bild der Künstlerin Laimon Berlinger. Mit einem halbseitigen Inserat im Urner Wochenblatt gab sie die Anwesenheit der ersten selbstständigen Rechtsanwältin in Altdorf bekannt. Es war viel zu gross und verstiess gegen ungeschriebene Standesregeln. Aber das war nicht jugendliche Unbekümmertheit, sondern eine kalkulierte Provokation.

Keine Sentimentalitäten

Gabi Huber, korrekt bis in die Zehenspitzen und unspektakulär bis an die Schmerzgrenze, setzt ihre Kräfte gezielt ein: Die Frau mit dem Auftritt einer Notenbankpräsidentin bleibt unangreifbar als Person und arbeitet stoisch an der politischen Sache. Freunde schafft sie sich damit im Parlament nicht. Aber Respekt: «Sie ist verlässlich, unaufgeregt, klar», schrieb die damalige SP-Fraktionschefin Ursula Wyss 2011 über ihre «Lieblingsgegnerin». «Wir arbeiten gut zusammen. Wir haben zwar das Heu nicht immer auf derselben Bühne, aber wenigstens reden wir vom selben Heu», sagt SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz.

Die Beziehung sei sachlich und pragmatisch gewesen, erinnert sich der ehemalige CVP-Fraktionschef Urs Schwaller, «aber herzlich war das Verhältnis nicht». Dass Huber mit der «schwammigen Mitte» nicht viel anfangen kann, mag mitgespielt haben, das Gezerre um die Bundesratssitze ebenso. Aber hauptsächlich liegt es daran, dass Freundschaften für Gabi Huber nicht in der Politik, sondern im Privatleben stattfinden. «Ich muss am Abend nur mich selbst im Spiegel anschauen können», erklärt sie trocken.

Keine Koketterien

Wertschätzung ist auch das erste Wort, das dem Solothurner CVP-Ständerat Pirmin Bischof zu Gabi Huber einfällt. Obwohl er sich schmunzelnd einer ungewöhnlichen Episode erinnert. Als er öffentlich kritisierte, ein von Huber unterstützter Vorstoss wolle nur die «reichen Steuerhinterzieher» schützen, erschien sie postwendend im Vorzimmer zum Ständeratssaal und liess Bischof vom Ratsweibel herausbitten. Darauf erklärte sie ihm in unübertroffener Schnörkellosigkeit, diese Äusserung sei völlig daneben – drehte sich auf den Absätzen um und liess den Abgekanzelten stehen, ohne eine Antwort abzuwarten.

Schnörkellos war auch der Slogan, der am Anfang der politischen Karriere von Gabi Huber stand. «Hiä niä», sagten die rotgrünen Gegner eines Atommüllagers bei Bauen 1983. Die junge Anwältin aus Altdorf kämpfte an ihrer Seite und galt für kurze Zeit als Linke. Darauf schloss sie sich in Altdorf den Liberalen an. Wenig später landete sie aufgrund einer überraschenden Konstellation im Altdorfer «Fürsorgerat», einer politischen Exekutive für das Sozialwesen. Von da an ging es steil aufwärts: Landrat, Regierungsrat, Landammann, Nationalrätin und schliesslich 2008 Fraktionschefin der FDP. Seit 2013 sitzt sie zudem im Verwaltungsrat des grössten Urner Arbeitgebers, der Dätwyler Holding, welche weltweit über 7000 Leute beschäftigt.

Niemand müsste erstaunt sein, wenn auch dies nicht die letzten Stationen ihrer Laufbahn wären. Aber vorerst ist sogar noch offen, ob sie nach zwölf Jahren im Bundeshaus überhaupt zu den nächsten Wahlen antritt. Nicht einmal ansatzweise lässt sie etwas durchblicken. Die Urner Kandidaturen müssten zuerst in den Gremien der Orts- und Kantonalpartei beschlossen werden, lautet ihre abschliessende Antwort.

Gabi Huber eben. Keine Andeutungen, keine Koketterien. Nur Klarheit. *Michael Hug*

Auf dem Schwarzhorn im Kanton Graubünden: Gabi Huber ist eine begeisterte Berggängerin. *zvg*

«Eigentlich hat mich erstaunt, dass ich in Bern aufgefallen bin, bloss weil ich gearbeitet habe.»

Gabi Huber

In Kürze

LEICHTE ENTSPANNUNG

Leerwohnungsziffer steigt über 1 Prozent

Zum ersten Mal seit 2007 liegt die Leerwohnungsziffer in der Schweiz wieder über einem Prozent. Am Stichtag 1. Juni standen 45 748 oder 1,08 Prozent aller Wohnungen leer. Doch eine echte Entspannung sei das kaum, sagen Experten. Am Stichtag waren 5740 Wohnungen mehr unbewohnt als noch im Vorjahr. Dies entspricht einem Plus von 14 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik BFS mitteilte. *sda*

ABZUGSFÄHIGKEIT

Ständerat will neue Regelung zu Bussen

Bussen sollen nicht von den Steuern abgezogen werden dürfen. Das will der Ständerat im Gesetz festschreiben. Beim Bundesrat rennt er damit offene Türen ein. Die Landesregierung hatte erst am Freitag einen Bericht zur Frage vorgelegt, wie finanzielle Sanktionen steuerlich behandelt werden und wie die Steuerpraxis von Bund und Kantonen vereinheitlicht werden könnte. Darin vertritt sie die Auffassung, dass Zahlungen mit Strafcharakter nicht von den Steuern abgezogen werden dürfen, wohl aber solche, die der Gewinnabschöpfung dienten. Heute fehlt eine gesetzliche Regelung. *sda*

STÄNDERAT

Wieder Obergrenze für Fleischeinkäufe

Seit diesem Sommer gelten für Reisende neue Regeln für die Einfuhr von Fleisch. Nun verlangt der Ständerat, dass der Bundesrat diese Bestimmungen wieder ändert. Die kleine Kammer stört sich vor allem daran, dass Private so viel Fleisch in die Schweiz mitbringen dürfen, wie sie wollen. Die Freimenge liegt bei einem Kilogramm. Auf allem, was darüber liegt, werden 17 Franken Einfuhrzoll pro Kilogramm erhoben. Vor dem 1. Juli 2014 galt eine Obergrenze von 20 Kilogramm am Tag, die nun aufgehoben worden ist. *sda*

Studie untersucht Gründe für Jobwechsel

PFLEGEPERSONAL Viele gut ausgebildete Pfleger verlassen rasch den Beruf. Dies verschärfe den Personalmangel im Gesundheitswesen. Eine Studie soll erstmals Gründe für die Abwanderung untersuchen – und Lösungsvorschläge aufzeigen.

«Wir wollen der Politik Instrumente in die Hand geben, wie künftig dem Personalmangel in Spitälern, Heimen und bei der Spitex begegnet werden soll», sagte Michael Simon vom Institut für Pflegewissenschaft der Universität Basel gestern in Bern. Viele Studien, die diesen «grossen Problembereich» untersuchten, gebe es nicht.

Die Umfrage «nurses at work» möchte diese Lücke schliessen. Ehemalige und aktive Pflegefachpersonen sind eingeladen, an der Onlinebefragung teilzunehmen. Gemäss Schätzungen sind in der Schweiz rund 80 000 Pflegende im stationären und ambulanten Bereich tätig. «Wenn wir fünfzig Prozent von ihnen erreichen, wären wir schon sehr zufrieden», sagte Studienleiterin Véronique Addor von der Genfer Hochschule für Gesundheit HES. Heute würden in der Schweiz zu wenige Fachkräfte ausgebildet, um den Wegfall jener, die den Beruf verlassen, zu kompensieren, sagte Addor. Vor diesem Hintergrund sei es fraglich, ob es in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren noch genug Pflegende gebe.

Wenn sich Pfleger zur Karriere äusserten, helfe dies, berufliche und persönliche Aspekte ihrer Laufbahn besser zu verstehen. Heute fehlten Angaben über die Gründe, weshalb sie den Beruf verlassen würden. Die Studienresultate sollen in rund einem Jahr dreisprachig vorliegen. Neben dem Ist-Zustand wird dabei auch die Entwicklung der vergangenen vierzig Jahren aufgezeigt. Hauptziel ist, eine Art Innensicht des Pflegealltags zu erhalten und schliesslich die Berufsdauer des Gesundheitspersonals zu erhöhen. Bereits bei der Lancierung der Umfrage sässen verschiedene Politiker im Boot, sagte Nationalrat Jean-François Steiert (SP/FR), Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik. *sda*

An der anonymen Umfrage kann ab sofort teilgenommen werden. www.nurses-at-work.com

100 Jahre Erster Weltkrieg

Auf dem Saumarkt beim Bären

Hinter dem Bären erheben sich die Hügel des Emmentals, von denen die Bauern herunterkommen auf den Schweinemarkt. Die Szenerie ist ländlich. Der Schaffhauser Fotograf Hans Griebel aber hat sie um 1910 mitten in Langnau fotografiert. Vor 100 Jahren gehorcht die Dorfwelt noch einem anderen Takt als die Stadt. Der Ausflug auf den Markt ist für die Bauern der Umgebung ein Ganztagsprojekt, zu dem auch ein Umtrunk im Bären gehörte. 100 Jahre später liegt der Gasthof, in dem einst der legendäre Naturheiler Michel Schüppach praktizierte, an einer dicht befahrenen Strasse. Weil die Menschen heute hastig und weiträumig unterwegs sind, blieben sie dem Bären fern. Ein paar Jahre stand er leer. Nun versuchen ihn die Gemeinde Langnau und eine Genossenschaft wiederzubeleben. *Stefan von Bergen*

Sammlung Griebel/Staatsarchiv

Bildserie
Jede Woche gibts Einblicke in die Lebenswelt 1914–1918.
wk1.bernerzeitung.ch

Ex-Staatsrat vor Gericht

NEUENBURG Fast viereinhalb Jahre nach seinem Rücktritt aus der Regierung muss sich der ehemalige Staatsrat Frédéric Hainard vor der Neuenburger Justiz verantworten.

Der ehemalige Neuenburger Staatsrat Frédéric Hainard hat sich gestern vor dem Regionalgericht Littoral und Val-de-Travers NE gegen den Vorwurf des Amtsmissbrauchs, der Nötigung und der Urkundenfälschung verteidigt. Er habe nichts zu verstecken. Das Urteil wird am Freitag eröffnet. Die Vorwürfe gegen den 39-Jährigen standen unter anderem im Zusammenhang mit einer fürsorgeabhängigen Frau, die von Hainard des Sozialhilfemissbrauchs verdächtigt worden war.

Der frühere FDP-Regierungsrat soll sich wiederholt «persönlich und aktiv» in die Untersuchung seines Arbeitsamtes in dem Fall einer Sozialhilfebezügerin eingemischt haben, was ihm gemäss Anklage in seiner Funktion aber nicht zustand. *sda*

ANZEIGE